

ALFRED PLETSCHE

Agrarräumliche Neuordnung in Südfrankreich*

Aspekte der agrarstrukturellen Planungsmaßnahmen im Languedoc im Rahmen der „Régionalisation“

Regionale Disparitäten sind für die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs auf Grund der stark differenzierten natürlichen Ausstattung des Raumes und der historisch vorgeprägten Konzentration auf einige wirtschaftliche Schwerpunkte typische Erscheinungsmerkmale. Diese regionalen Ungleichheiten haben sich bis heute ständig verschärft, wenngleich seit einigen Jahren das Augenmerk der französischen Wirtschaftsplanung verstärkt auf die wirtschaftsschwachen Gebiete des Landes gelenkt ist.

Die über Jahrhunderte hin andauernde wirtschaftliche Entwicklung hatte zur Folge, daß Frankreich in zwei klar umgrenzte Teilgebiete zu untergliedern ist, die, wenngleich die Grenzziehung nicht generell einheitlich vorgenommen werden kann, den nördlichen bzw. nordöstlichen Landesteil vom südlichen bzw. südwestlichen trennt. In die nördliche Zone, die vom elsässisch-lothringischen Industriegebiet bis zum Kohlerevier von Lille/Roubaix reicht und auch Paris einschließt, flossen nach dem Zweiten Weltkrieg rund 85 % der Industrieinvestitionen; das Durchschnittseinkommen in diesen Bereich lag doppelt so hoch wie im fast ausschließlich agrarisch geprägten Süden und Westen des Landes.

Der Wiederaufbau der französischen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg verhinderte während eines Jahrzehnts eine sinnvolle und weitreichende regionale Entwicklungsplanung, da das Schwergewicht dieses Aufbaus zunächst auf die ehemaligen Industrieschwerpunkte gelegt wurde. Die ersten Ansätze einer regionalen Entwicklungspolitik fallen erst in die 50er Jahre, als die Problematik der wirtschaftlichen Konzentration und der daraus resultierenden Folgeerscheinungen (etwa die demographische Entleerung der wirtschaftsschwachen Räume wie Auvergne, Vendée, Bretagne u. a.) sich zur massiven Gefahr für die wirtschaftliche und politische Konsolidierung des Landes auszuweiten drohte.

Neben diese „internen“ traten zur gleichen Zeit die „externen“ Entwicklungsprobleme im Zusammenhang mit der Dekolonisierung der nordafrikanischen Protektorstländer und Kolonien. Die Repatriierung der Nordafrikafranzosen (pieds-noirs) konnte unmöglich in den wirtschaftlichen Zentren des Mutterlandes aufgefangen werden, um so mehr, als ein großer Teil der rückwandernden Bevölkerung in Nordafrika landwirtschaftlich tätig war.

Obwohl es nicht Aufgabe dieses Beitrages sein soll, die historische Entstehung des wirtschaftlichen Ungleichgewichtes eingehend zu analysieren, so sei doch gesagt, daß die territoriale Neuordnung, durch die Revolution von 1789 verursacht, zwangsläufig wirtschaftliche Verschie-

bungen zur Folge haben mußte. Vorher war die wirtschaftliche Struktur Frankreichs ausgesprochen heterogen, indem die einzelnen Provinzen, die seit Colbert durch die vom König eingesetzten „Intendants“ verwaltet und geführt wurden, in sich mehr oder weniger geschlossene Verwaltungsbezirke mit politischer und wirtschaftlicher Eigenständigkeit und Dynamik darstellten.

Diese „dezentralisierte Struktur“, typisch für das vorrevolutionäre Frankreich, förderte zwangsläufig die Autonomie der einzelnen Provinzen, wenngleich natürlich auch sehr nachteilige Begleiterscheinungen wie Korruption, mangelnde Organisation, administrative Unordnung, Privilegierungen jeglicher Art für bestimmte Bevölkerungsschichten in diesem System möglich und häufig waren.

Die Zentralisierung der Verwaltung und die in der ersten revolutionären Phase drakonische Verwirklichung des Gleichheitsprinzips führten zu tiefgreifenden Änderungen in allen Lebensbereichen, wobei hier vor allem die wirtschaftsgeographischen Auswirkungen betrachtet werden sollen.

Grundlage der territorialen Neuordnung im Jahre 1789 war nicht die geographische Abgrenzung von Einzelräumen, sondern eine rein administrative Zersplitterung in 90 Departements, deren gemeinsames Kennzeichen war, daß sie innerhalb von längstens 2 Tagen von Paris aus erreichbar sein mußten und daß die Entfernung sämtlicher Ortschaften der Departements von der Präfektur, dem Departementshauptort, aus zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang zurückzulegen war.

Die endgültige Festschreibung dieser neu entstandenen Territorialstrukturen erfolgte durch Napoleon I. mit der Schaffung eines Staatsrates, der Institutionalisierung der Präfekten als staatlich eingesetzten Vertretern aller Ministerien in den Departements und, damit zusammenhängend, der Stabilisierung der zentralistischen Verwaltung.

Somit wurden neue politische Realitäten in Gebiete hineinverlegt, die häufig in sich keine wirtschaftlichen Einheiten darstellten, da die vorrevolutionären Wirtschaftsmerkmale der einzelnen Regionen weitgehend unberücksichtigt blieben. Die Zentralisierung des Verwaltungsapparates in der Hauptstadt nahm darüber hinaus

* Der vorliegende Beitrag entstand im Zusammenhang mit Untersuchungen zur Raumplanung und Raumordnung in Südfrankreich, die im Herbst 1973 mit Unterstützung der DFG durchgeführt werden. Der DFG sei an dieser Stelle für die finanzielle Unterstützung sehr herzlich gedankt.

den Einzelpräfekturen jegliche Entscheidungsfreiheit in planerischer Hinsicht, da sämtliche anstehenden Entscheidungen alle Verwaltungsstufen bis zur höchsten Instanz durchlaufen mußten und schließlich von dort sanktioniert oder abgelehnt wurden. Die territoriale Neuordnung wurde somit durch administrative Schwerfälligkeit teuer erkaufte.

Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung der Einzeldepartements wurde durch diese Schwerfälligkeit entscheidend gebremst, so daß die ehemals über das ganze Land verteilten Produktionszentren nach und nach wieder verschwanden und sich lediglich dort weiterentwickeln konnten, wo besondere Standortmerkmale, etwa Erzvorkommen (Elsaß-Lothringen), Kohlelager (Lille-Roubaix, Saint Etienne), Konzentrierung des Bank- und Verwaltungswesens (Paris, Lyon), vorlagen.

Kennzeichen dieser Schwerpunkte war nun aber fast überall die unausgewogene sektorale Wirtschaftsstruktur, wobei durch die Konzentrierung der politischen und administrativen Macht in Paris in den Industriegebieten die gehobenen Dienstleistungsbranchen weitgehend fehlten. Vor allem die bedeutenden Kreditanstalten hatten fast ausnahmslos ihren Sitz in Paris, in etwas geringerem Ausmaß auch in Lyon. Dies hatte zur Folge, daß auch sehr viele Industriebetriebe ihren Verwaltungssitz nach Paris verlegten und damit einen wesentlichen Beitrag zur auffällig gering ausgebildeten erwerbsstrukturellen und sozialen Schichtung in den Industrieballungsgebieten geleistet haben. Die Unsicherheit des Industriestandortes durch diese Trennung von Verwaltungssitz und eigentlichem Produktionsbetrieb birgt außerordentliche Gefahren, die bis heute in Frankreich noch nicht in der gesamten Tragweite beachtet werden. Eine wirtschaftliche Rezession kann schlagartig zur Auflösung der Produktionsbetriebe führen, die in ein anderes, günstigeres Gebiet verlegt werden, wobei der Verwaltungssitz der Betriebe beibehalten wird.

Bei den rohstoffabhängigen Industrien ist dieses Problem weniger gravierend als bei den konjunkturrell anfälligeren rohstoffunabhängigen Industrien (etwa Feinmechanik im französischen Jura, Lederverarbeitung in den Westalpen u. a.).

Die politische und wirtschaftliche Kräfteballung in wenigen Zentren, die fast ausnahmslos im Norden des Landes liegen, führte sehr bald zu einer starken wirtschaftlichen Verödung der übrigen Gebiete. J. F. Gravier hat in seinem 1947 erschienenen Buch „Paris et le désert français“ schon im Titel, wenn auch übertrieben, zum Ausdruck gebracht, welches Stadium diese Entwicklung inzwischen erreicht hat. Die rein statistische Beweisführung ist stichhaltig und überzeugend, wenn gleich damit natürlich noch keine Lösung angeboten ist. Immerhin ist die französische Politik im 20. Jahrhundert auf dieses Problem aufmerksam geworden, besonders kraß durch die Wirrnisse des Ersten Weltkrieges, der die Anfälligkeit der französischen Wirtschaft eindringlich vor Augen stellte. Die „Gefährdung“ der französischen

Schwerindustrie durch den Nachbarn Deutschland führte dazu, daß einige Teile der Rüstungsindustrie nach Südfrankreich verlegt wurden, allerdings blieb diese Dezentralisierung in den Anfängen stecken.

Die ersten Raumordnungspläne, die in den 30er Jahren erstellt wurden, betrafen vorwiegend die Stadtentwicklung (etwa 1932 das Gesetz für die Genehmigung der Aufstellung eines Raumordnungsplanes für die Pariser Region¹; die Verwirklichung dieser Planungsmaßnahmen wurde jedoch durch den Zweiten Weltkrieg nachhaltig verzögert. Auch der Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg erlaubte nicht die sofortige Berücksichtigung der wirtschaftsschwachen Gebiete, so daß die Disparität weiter verstärkt wurde.

Wesentlichste Konsequenz der Nachkriegsentwicklung war einerseits die weitere Entleerung dieser Gebiete, die in zunehmendem Maße vor sich ging und schon sehr bald zu einer noch deutlicheren Unterentwicklung führte, andererseits die starke Bevölkerungskonzentration in den Wirtschaftszentren, die ebenfalls erhebliche Probleme aufwarf. Eine sofortige Integration der Immigranten in den Wirtschaftsprozess war nicht immer möglich, zumal ihre ländliche Herkunft eine spezialisierte Arbeit selten zuließ.

Die theoretische Analyse dieses Vorganges einer Konzentration der Wirtschaft in Wachstumszentren und die damit kausal verbundene Verarmung von Nachbarräumen wurde vor allem von F. Perroux² für Frankreich durchgeführt, wobei die volkswirtschaftlichen Überlegungen der Sektoretheorie C. Clarks³ weiter verarbeitet wurden.

Clark hatte in seinem Ansatz den Aspekt der sektoralen Entwicklung in den Mittelpunkt gestellt und dabei die Wertungskomponente stark betont, indem er die Tätigkeiten im sekundären und im tertiären Sektor über die im primären Sektor stellte. Diese Hierarchisierung der menschlichen Arbeitskraft als Produktivitätsfaktor, der quantitativ durch die Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens der Bevölkerung gemessen wird, führte auch in Frankreich, wie in anderen Industrieländern, dazu, daß der agrare Sektor zunächst in der Planung weitgehend unberücksichtigt blieb.

Als alleiniges Heilmittel einer wirtschaftlichen Erschließung unterentwickelter Räume wurde die Implantation sogenannter „industries motrices“ im Sinne Perrouxs in den „pôles de croissance“ (Wachstumspolen) angesehen. Diese „industries motrices“, die durch hohe Wachstumsraten gekennzeichnet sind, sind deshalb für die Entwicklung einer Region von besonderer Wichtigkeit, weil sie für die Anlage weiterer Industriebetriebe

1 Journal Officiel de la République Française (JORF) vom 15. 5. 1932.

2 Perroux, F.: Note sur la notion „pôle de croissance“. In: *Economie appliquée*. 8. Jg. (1955) Nr. 1–2, S. 307 ff.

3 Clark, C.: *The conditions of economic progress*. – London 1940.

mit ihrem Einfluß entscheidend einwirken. Ist dies in starkem Maße der Fall, so handelt es sich um sogenannte „industries clefs“ (Schlüsselindustrien), die mit anderen Industrien zusammen einen „complexe d'industries“ (Industriekomplex) mit dem bei A. O. Hirschman⁴ detailliert dargelegten „backward“ bzw. „forward linkage effect“ bilden. Darüber hinaus stellt die räumliche Konzentration solcher Betriebe des sekundären Sektors nach *Perroux* auch einen wesentlichen Standortfaktor für Betriebe des tertiären Sektors dar und wirkt sich mit ihrer auf das Umland gerichteten Absaugwirkung strukturverbessernd und damit einkommensverbessernd auf den primären Sektor aus.

Damit ist das eigentliche Ziel dieser Planungspolitik erreicht, das nicht in der industriellen Erschließung vormals weniger erschlossener oder rein agrarisch strukturierter Gebiete liegt, sondern eindeutig darauf ausgerichtet ist, die Einkommensstruktur eines Gebietes zu verbessern. Nach *Perroux*s theoretischem Ansatz genügt es somit, durch die Ansiedlung eines geeigneten Industriebetriebes einen ganzen Raum volkswirtschaftlich aufzubessern.

Die Darstellung des theoretischen Ansatzes von *Perroux* ist deshalb wichtig, weil der Einfluß dieser Theorien auf die territoriale Neugestaltung in Frankreich von entscheidender Bedeutung werden sollte. Am Ende des Zweiten Weltkrieges rief *Ch. de Gaulle* (in seiner ersten Regierungsphase) ein Planungskommissariat ins Leben, dessen Aufgabe es war, den »Ersten Ausrüstungs- und Modernisierungsplan« (Gesetz 46–342 vom 27. 3. 1946; JORF III 1946) aufzustellen. Bei der Aufstellung dieses Planes spielte das Ideengut von *Perroux* bereits eine wesentliche Rolle. Durch seine aktive Mitwirkung wurden erste Ansätze einer Dezentralisierungspolitik deutlich, wenngleich kaum verwirklicht, da der Schwerpunkt gezwungenermaßen auf dem Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaftsgebiete lag. Die Laufzeit des Ersten Planes endete 1952, der Zweite Plan umfaßte den Zeitraum 1953 – 1957. Seit 1958 tritt regelmäßig alle vier Jahre ein neuer Plan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Kraft.

Die wichtigste Beeinflussung durch *Perroux* erfolgte bei der Aufstellung der regionalen Entwicklungspläne. Diese Entwicklungspläne konnten unmöglich für jedes einzelne Departement erstellt werden, da diese zwar administrative, nicht aber wirtschaftliche Einheiten darstellten.

Die 90 Departements wurden daher zu 21 Programmregionen zusammengefaßt, die allerdings nach wie vor wesentlich durch alte Departementsgrenzen beeinflusst werden. Im Grunde genommen handelt es sich um die Zusammenfassung mehrerer Departements zu einem größeren Verband, ohne daß dabei geographische oder wirtschaftliche Faktoren eine besondere Bedeutung gehabt hätten. Eine solche Berücksichtigung ist in der Theorie von *Perroux* letztlich auch nicht notwendig.

Die geographische Wirklichkeit hat diese Theorie sehr häufig widerlegt, so daß eine Neugruppierung schon seit langem ins Auge gefaßt wird. Zunächst wurde jedoch durch das Dekret 59–171 vom 1. 7. 1959 (JORF v. 8. 1. 1959) über die Empfehlung neuer Verwaltungsbezirke die Untergliederung des Landes in 21 Programmregionen mit Wirkung vom 1. 1. 1960 verbindlich.

Wichtig ist dabei die Feststellung, daß die alte Departementsgliederung nach wie vor bestehen blieb und daß die „Regionalisation“ lediglich eine Zusammenschließung mehrerer Departementseinheiten zum Zwecke einer effektiveren wirtschaftlichen Erschließung des Raumes darstellt. Zu diesem Zwecke gibt es in den Regionen nach wie vor für administrative Teilbereiche eigenständige Kompetenzen auf Departementsebene, während übergeordnete Gremien für die gesamtregionale Entwicklung verantwortlich zeichnen. Die Kompetenzzuweisung ist durch das Dekret 50–516 vom 2. 6. 1960 (JORF vom 3. 6. 1960, S. 5007) über die „Harmonisierung der Verwaltungsbezirke“ eindeutig erfolgt.

Daß die Harmonisierung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht einheitlich in den neuen „régions de programme“ möglich war, ist allein daher ersichtlich, daß die natürliche Ausstattung dieser Räume auch in dieser neuen Dimension zu unterschiedlich war. Zwar wird bei den verschiedenen Erlassen immer wieder darauf hingewiesen, daß neben der Berücksichtigung administrativer auch geographische und ökonomische Faktoren in die Untergliederung eingegangen oder einzubeziehen seien, aber allein eine Betrachtung des Ergebnisses der territorialen Neuordnung zeigt gravierende Unterschiede, die unmöglich im Sinne einer Vereinheitlichung zu werten sind.

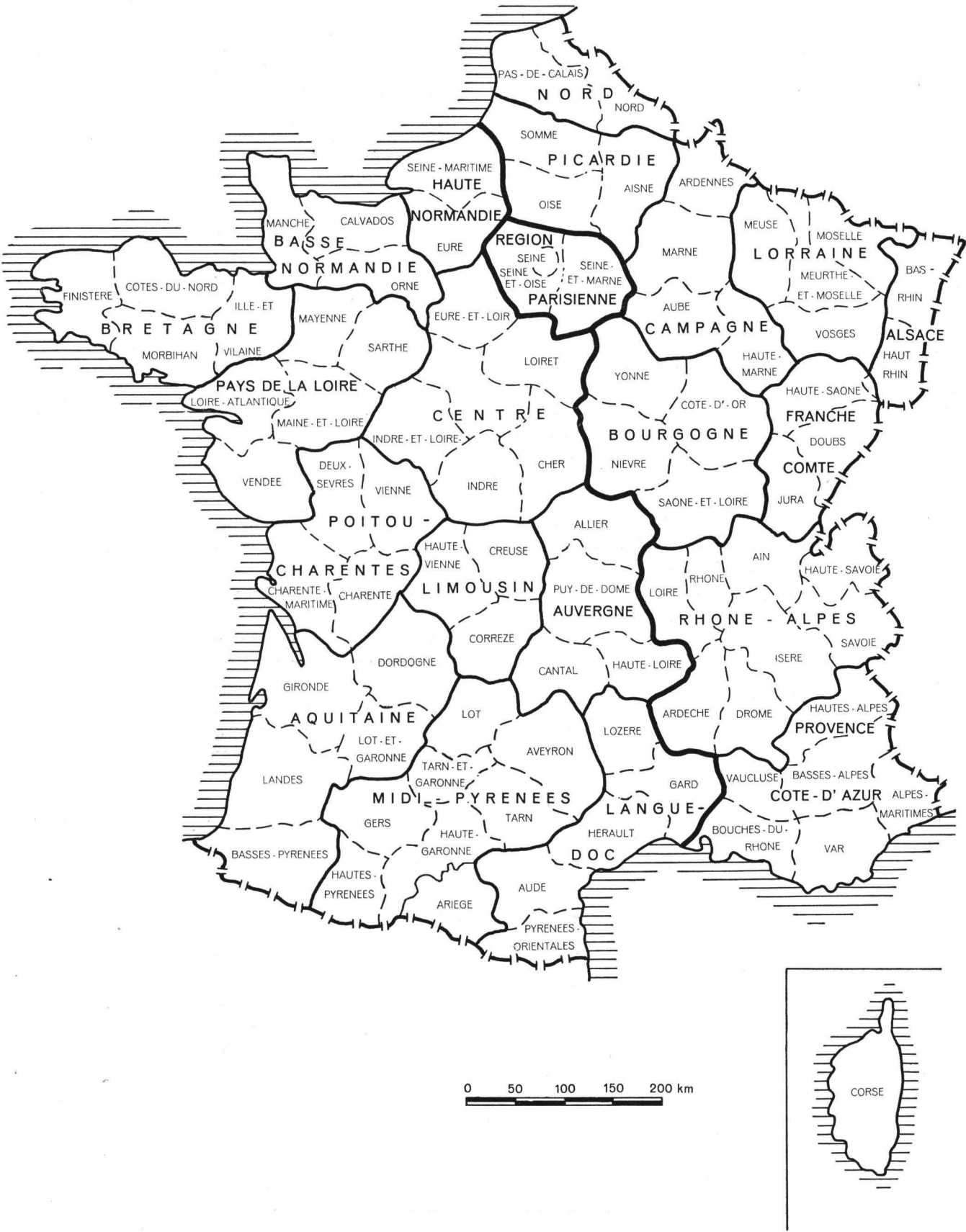
Die Forderung nach der Existenz eines Wachstumspoles innerhalb der Programmregionen ist zwar häufig, jedoch nicht generell erfüllt. Besonders in den ohnehin wirtschaftsschwachen Gebieten fehlen diese Wachstumspole weitgehend, oder es bestehen konkurrierende Wachstumspole niedriger Stufe nebeneinander. Die Gesamtproblematik der „regionalisation“ kann und soll in diesem Beitrag nicht erschöpfend behandelt werden, zumal da eine sehr anschauliche Darstellung durch *H. Nickel*⁵ erfolgt ist, ohne daß dort jedoch über die Konstatierung der Phänomene hinausgreifende Aussagen enthalten wären.

Ein wesentlicher Modifizierungsfaktor der *Perroux*-schen Überlegungen bei der Einteilung der Programmregionen ist die Einbeziehung des primären Wirtschaftssektors als Abgrenzungskriterium, wenngleich auch hier nicht einheitlich verfahren wurde. Für die in diesem Beitrag beispielhaft behandelte Programmregion Languedoc wurde als verbindendes Element der Region die Weinmonokultur als Merkmal zugrunde gelegt (JORF v. 27. 1. 1959, S. 1308, Programme d'action régionale du Languedoc).

4 Hirschmann, A.O.: The strategy of economic Development. – New Haven 1958.

5 Nickel, H.: Die regionale Strukturpolitik in Frankreich. Diss. – Köln 1965.

DIE PROGRAMMREGIONEN FRANKREICHS



Der Blick auf eine topographische Karte zeigt indes, daß dieses Kriterium unmöglich für die 5 Departements der Programmregion Languedoc zutreffen kann. Am auffälligsten fällt das Departement Lozère aus der Wirtschaftseinheit Languedoc heraus, indem es praktisch mit der gesamten Fläche den Cevennen bzw. dem Massiv Central zuzuordnen ist. Schon die oberflächliche Betrachtung der Agrarstatistik beweist, daß der Weinbau in diesem Departement im Vergleich zu den übrigen Departements deutlich zurücktritt. Ähnlich ist eine Differenzierung für das Departement Pyrénées-Orientales vorzunehmen, von dem ein großer Teil innerhalb der Pyrenäenketten liegt.

Für das übrige Gebiet ist die Monokultur des Weines ebenfalls nicht einheitlich nachzuweisen, da auch die landwirtschaftliche Nutzung innerhalb des Niederlanguedoc nicht überall gleich ist. Der gesamte Bereich der Garrigue ist auszuklammern, zusätzlich die Flächen, die zwar ursprünglich wohl als Weinbauflächen ausgewiesen waren, aber durch die Phylloxerakrise in der Mitte des vorigen Jahrhunderts und die Absatzkrise des Weines zu Beginn dieses Jahrhunderts seit langem nicht mehr der Weinanbaufläche zugehören. Gemeinsames Kennzeichen kann somit nur die eindeutige Unterindustrialisierung im Vergleich zum Landesdurchschnitt sein. A. Berger⁶ führt den statistischen Nachweis, daß im Languedoc auf 100 Erwerbstätige nur 14 dem verarbeitenden Sektor (ohne Bauindustrie) zugehören, was lediglich der Hälfte des nationalen Durchschnitts entspricht.

Die Unterindustrialisierung des Languedoc ist nun aber nicht automatisch so zu werten, daß die übrigen Wirtschaftssektoren, besonders der primäre Sektor, überrepräsentiert wären. Die Tätigkeit im Agrarsektor liegt mit 74 Erwerbstätigen pro 1000 Einwohner zwar über dem nationalen Durchschnitt (= 60/1000), jedoch liegen diese Werte in vielen Teilen Frankreichs erheblich höher und übersteigen deutlich die 10 %-Grenze. Im tertiären Sektor stehen 163 Erwerbstätigen pro 1000 Einwohnern im Languedoc 185 im nationalen Durchschnitt gegenüber, so daß auch hier keine Überrepräsentanz nachzuweisen ist. Lediglich der Bausektor zeigt nahezu identische Werte mit dem Landesdurchschnitt; der Handel liegt mit 41/1000 leicht unter diesem Mittelwert (45/1000).

Die Analyse dieser Werte setzt voraus, daß die demographische Gesamtsituation berücksichtigt wird, da sich der gesamte Süden Frankreichs durch hohe Anteile älterer Bevölkerung und damit einen geringeren Anteil an Aktivbevölkerung auszeichnet. Gegenüber 40 % Erwerbstätigkeit im nationalen Durchschnitt (Paris 46 %) zeigt die Programmregion Languedoc lediglich 34 %, ohne daß deshalb zwangsläufig auf eine wirtschaftliche Unterentwicklung geschlossen werden kann.

Die Korrelation der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftssektoren mit der Gesamtzahl der Erwerbstätigen ergibt somit auch eine andere sektorale Gewichtung. Der Anteil der Erwerbspersonen in der Landwirtschaft beträgt 22 % (Frankreich 15 %), in Handwerk und Industrie 27 % (40 %) und im tertiären Sektor 51 % (45 %)⁷.

Wichtig im Sinne der Fragestellung dieses Beitrages ist das Problem der Unterindustrialisierung, das weitreichende Folgen für die Regionalplanung aufwirft.

Die Idealvorstellung der Errichtung von Wachstumspolen in den einzelnen Wirtschaftsregionen wird im Languedoc durch mehrere Kriterien gleichzeitig negativ beeinflusst. Einerseits ist die Existenz mehrerer konkurrierender Städte besonders typisch. Mit Nîmes, Montpellier, Narbonne, Sète, Beziers und Perpignan besteht eine Aufreihung kleinerer und mittlerer Städte, unter denen lediglich Montpellier eine gewisse Vorrangstellung einnehmen kann. Andererseits ist ein sehr starker konkurrierender Einfluß vom Industrieschwerpunkt Marseille her zu spüren, der mit dem Ausbau des gigantischen Komplexes von Fos eine erhebliche Sogwirkung ausübt.

Wengleich diese Konstellation nicht dazu veranlaßte, im Languedoc eine wesentlich anders ausgerichtete Planung vorzunehmen als in anderen Regionen, so erzwang doch die spezielle Situation eine besondere Berücksichtigung des Agrarsektors, zumal ein großer Anteil der repatriierten Nordafrikafranzosen im Languedoc nach einer neuen landwirtschaftlichen Existenz suchte, weil dieser Raum sowohl klimatisch als auch von den Produktionsmöglichkeiten her am ehesten der ehemaligen Umgebung entsprach.

Die vordringlichen Maßnahmen, die somit im primären Sektor zu ergreifen waren, wurden durch eine Reihe von Ungunstmöglichkeiten entscheidend erschwert. Beispielsweise seien drei dieser Merkmale angeführt:

- a) die Weinmonokultur in den Küstenebenen, die besonders in den agrarökologisch günstigsten Bereichen am ausgeprägtesten war;
- b) die extreme Parzellierung der Flur, verbunden mit einer starken Dominanz der Betriebsgrößenklassen unter 5 ha LN;
- c) der Mangel an geeigneten agrarinfrastrukturellen Gegebenheiten als Ausgangspunkt für eine marktorientierte Produktion außerhalb des Weinbaus, der durch den hohen Anteil des Massenweines kaum für die agrarische Entwicklung Grundlage sein konnte.

Die Weinmonokultur ist schon immer das große Problem der Landwirtschaft im Languedoc gewesen. Zwar ermöglichte der Weinanbau in günstigen Jahren bei gesichertem Absatz einen sehr guten Verdienst, die Krisen allein der letzten 100 Jahre haben jedoch teilweise ruinöse

6 Berger, A.: Le phénomène d'expansion rurale. Exemple du département du Gard. In: L'Economie Méridionale. 14. Jg. (1967) Nr. 57.

7 Aménagement de la région du Bas-Rhône et du Languedoc. Hrsg.: Compagnie Nationale d'Aménagement de la Région du Bas-Rhône et du Languedoc (CNARBRL). In: Les grands aménagements régionaux. (1966) Nr. 12. S. 2.

Auswirkungen gehabt. Die erste entscheidende Zäsur wurde durch die Phylloxera-Krise in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts bewirkt. Besonders die kleineren Winzer wurden durch die fast völlige Vernichtung der Rebbestände zur Aufgabe ihrer Betriebe und zur Abwanderung gezwungen. Die modernen Anbaumethoden, die im Zusammenhang mit der Reblauskrise entwickelt wurden, waren der Grund für die zweite einschneidende Zäsur, die Absatzkrise zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Nachdem auf amerikanischen Rebgrundlagen phylloxeresistenter Weinanbau möglich war, wurden die Erträge im Laufe der Jahre ständig höher, weil zudem Düngung, intensivere Bodenbearbeitung und teilweise auch Bewässerung inzwischen Eingang gefunden hatten. Mit den verbesserten Anbaumethoden einher ging eine Ausdehnung der Weinbaufläche. In den vier Departements Pyrénées-Orientales, Hérault, Aude und Gard wuchs die Anbaufläche allein zwischen 1890 und 1905 um über 18 % an (nationaler Durchschnitt im gleichen Zeitraum + 6,4 %⁸).

Ergebnis dieser beiden nebeneinander bestehenden Tendenzen war eine Vermehrung der Produktion im betrachteten Zeitraum um 76,7 %. Diese enorme Zunahme (im nationalen Durchschnitt 68,7 %) führte zwangsläufig zu einer Absatzkrise, die sich in einem deutlichen Preisdruck manifestierte. Während im Languedoc 1890 pro hl rund 17,5 Francs erlöst wurden, fiel der Preis im Zeitraum von 1905 bis 1909 auf knapp 10 Francs ab. Da die höheren Erträge nur mit höherem Aufwand erreicht werden konnten und häufig auf noch nicht amortisierten Investitionen beruhten, war die verhängnisvolle Auswirkung besonders für die Kleinbetriebe nicht abzuwenden.

Das zweite Ungunstmerkmal, die extreme Flurparzellierung, ist das Ergebnis einer über Jahrhunderte hin andauernden Realteilung. Dieser Besitzzersplitterung stand andererseits jedoch auch eine Konzentrierung vor allem durch städtische Besitzer entgegen, ein Vorgang, der bei R. Dugrand (1963)⁹ ausführlich dargelegt ist.

Die Bedeutung des Kleinbesitzes ist den beiden ersten Tabellen zu entnehmen. Tab. 1 zeigt die Situation im Département Hérault im Jahre 1929, Tab. 2 das gleiche Département 1963, also zu einem Zeitpunkt, als bereits durch Zusammenlegungen erste Verbesserungen durchgeführt worden waren.

Da 1929 lediglich das Rebland der Ebenen und Coteaux erfaßt wurden, sind noch rund 65 000 ha LN zu addieren, von denen 3 500 ha Rebland darstellten. Zwar hat sich die Situation bis zum Jahre 1963 recht stark gewandelt, trotzdem ist auch zu diesem Zeitpunkt die eindeutige Dominanz des Kleinbetriebes deutlich.

Tab. 1: Betriebsgrößenstruktur im Département Hérault 1929

Größenklasse	Anzahl der Betriebe		LN der Betriebe	
	abs.	in %	abs. in ha	in %
— 1 ha	28 271	45,0	16 842	8,5
1 — 5 ha	26 818	42,0	61 770	31,5
5 — 10 ha	5 132	8,0	34 864	18,0
10 — 20 ha	1 958	3,0	27 167	14,0
20 — 50 ha	901	1,5	26 709	14,0
über 50 ha	311	0,5	26 487	14,0
	63 391	100,0	193 839	100,0

Quelle: Milhau, J.: Monographie agricole du Dépt de l'Hérault. Montpellier 1937.

Tab. 2: Betriebsgrößenstruktur im Département Hérault (1963)

Größenklasse	Anzahl der Betriebe		LN der Betriebe	
	abs.	in %	abs. in ha	in %
— 1 ha	10 370	23,6	6 050	1,9
1 — 5 ha	19 120	43,5	45 980	14,3
5 — 10 ha	7 440	17,0	53 040	16,5
10 — 20 ha	4 290	9,8	59 720	18,3
20 — 50 ha	1 800	4,1	54 050	16,8
über 50 ha	870	2,0	103 960	32,2
	43 890	100,0	322 800	100,0

Quelle: Lacombe, Ph.: Quelques observations sur les structures agricoles dans la région Languedoc-Roussillon. In: L'Economie Méridionale. 14. Jg. (1967) Nr. 57, Sér. Etudes et Enquêtes.

Im betrachteten Zeitraum hat sich somit die Zahl der Betriebe bis 1 ha LN um die Hälfte verringert, ihr Anteil an der LN ist auf weniger als ein Viertel abgesunken. Konstant ist dagegen der Anteil der Kleinbetriebe der Größenklasse 1–5 ha geblieben, wenngleich sich hier die Situation dadurch verschlechtert hat, daß gegenüber 31,5 % im Jahre 1929 lediglich noch 14,3 % der LN von diesen Betrieben bewirtschaftet werden.

Die Anteile der Betriebsgrößenklassen über 5 ha LN haben sich ausnahmslos vergrößert, wobei besonders die Zunahme im Bereich zwischen 10 und 20 ha LN auffällt. Offensichtlich ist eine Verlagerung des sog. Familienbetriebes durch die Maschinisierung und Mechanisierung in die mittleren Betriebsgrößenklassen erfolgt, wobei die Aufstockung durch die Aufgabe und den Ankauf unrentabler Kleinbetriebe ermöglicht wurde.

Die absolute Zunahme der Betriebe der Größenklassen von 20–50 ha LN und über 50 ha LN erklärt sich nicht allein aus der Aufstockung vormals kleinerer Betriebe, sondern ist zu einem erheblichen Teil auf die Neuanlage solcher Betriebe im Zusammenhang mit Rekultivierungsmaßnahmen besonders im Bereich der Garrigue oder in den Sumpfbereichen der Küstenregion zurückzuführen. Hier zeigen sich somit bereits deutliche Ver-

⁸ Jouffroy-Schaeffer, M.: La crise vinicole de 1907 en Languedoc. In: L'Economie Méridionale. 19. Jg. (1972) Nr. 78, Sér. Espace et Région. S. 6.

⁹ Dugrand, R.: Villes et campagnes en Bas-Languedoc. — Paris 1963.

schiebungen in der Betriebsgrößenstruktur im Zusammenhang mit den Meliorationsmaßnahmen, die im gesamten Languedoc seit 1956 durchgeführt werden. Die hohe Zunahme der LN im Département Hérault gegenüber 1929 unterstreicht die Bedeutung dieser Maßnahmen.

Damit ist der dritte Ungunstkfaktor angesprochen: der Mangel an agrarinfrastrukturellen Gegebenheiten. Hier ist vorwiegend ein Versorgungsnetz von Bewässerungs- und Entwässerungsmöglichkeiten gemeint, darüber hinaus die Anbindung der Siedlungen an Wasser-, Licht-, und Kanalleitungen. Besonders die Maßnahmen zur Be- und Entwässerung sind für die Landwirtschaft des Languedoc von vorrangiger Bedeutung, um die vorhandenen Kulturarten zu sichern, besonders in jüngster Zeit aber auch neue Kulturarten zu ermöglichen.

Die Meliorationsmaßnahmen im Languedoc sind nicht erst im 20. Jahrhundert ins Auge gefaßt worden. Schon im frühen 19. Jahrhundert wurde im Département Gard eine „Société d'agriculture“ gegründet, deren Aufgaben wie folgt im Statut festgehalten wurden: »Les travaux de la société d'agriculture auront pour but l'aménagement des divers genres de culture, ainsi que les assolements usités, et l'introduction de ses assolements là où ils ne sont pas pratiqués, le dessèchement des marais autres que ceux concédés, la culture des terres arides, et le défrichement de celles qui en sont susceptibles«¹⁰. Die Präfektur des Départements folgte damit einer ministeriellen Aufforderung von 14. 8. 1819¹¹ zur Gründung einer solchen Gesellschaft, die in anderen Gebieten Frankreichs bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts entstanden waren.

Die Sanierungsmaßnahmen durch Heinrich IV., die in den ministeriellen Erlassen des frühen 19. Jahrhunderts immer wieder als Vorbild angeführt werden, sind wohl als erste planmäßige Eingriffe in die Melioration nicht kultivierter Gebiete zu sehen; allerdings war die Motivation dabei nicht unbedingt auf die Schaffung neuer landwirtschaftlicher Nutzflächen als vielmehr auf die Schaffung von Jagdgelände gerichtet. Auch die ersten Entwässerungsanlagen in den Sümpfen der Camargue und der Küstensen im Bereich des Languedoc sind zu jener Zeit entstanden.

Die Bewässerungsmaßnahmen standen noch wesentlich hinter den Entwässerungsmaßnahmen zurück, so daß der Staatssekretär des Innenministeriums *Simeon* in seinem »Rapport au Roi« im Jahre 1821 schrieb: »Le Conseil savait que l'arrosement n'avait pas encore fait en France autant de progrès que plusieurs autres parties de la science agricole ... on sait actuellement qu'il y a, dans certains départements, de grands travaux à faire, de beaux projets

à exécuter, et que d'assez grands résultats ont été obtenus dans plusieurs contrées. M. Farnaud a bien fait connaître la situation de l'arrosement dans les Hautes Alpes, ou plus de sept cents canaux ... répandent l'abondance.« Erstmalig wird in diesem Rapport auch die Möglichkeit der Bewässerung im Languedoc angesprochen: »M. de Malaret, dans la Haute Garonne, indiquait au Conseil les grands travaux préparés par MM Victor et Magnes pour l'irrigation de cent mille hectares de terre; M. Enjalric dressait un projet de canal pour arroser les environs de Narbonne«¹².

Während des gesamten 19. Jahrhunderts sind Meliorationsmaßnahmen im Languedoc nachzuweisen. Sie haben jedoch als gemeinsames Kennzeichen, daß sie fast ausschließlich auf private Initiativen der Großgrundbesitzer zurückgehen, die damit die Produktivität ihrer Betriebe steigerten und auch über die notwendigen Mittel verfügten, neue Anbaumethoden einzuführen. Dagegen waren die zahlenmäßig dominierenden Klein- und Kleinstbesitzer weitgehend von den natürlichen Gegebenheiten abhängig; eine Verbesserung ihrer Situation war ausgeschlossen, da zu der geringen Besitzgröße auch noch eine extreme Parzellierung trat, die eine Melioration nur in Gemeinschaft mit allen Beteiligten ermöglicht hätte. So ist es nicht überraschend, daß gerade die weiter oben angesprochenen Krisen vorwiegend die Kleinbesitzer trafen und sie zu einem erheblichen Teil ihrer Existenzgrundlagen beraubten. Die Folge sind eine starke Abwanderungstendenz im ländlichen Raum und eine Stagnation der Bevölkerung bis ins 20. Jahrhundert hinein.

Mit dieser Entwicklung geht das teilweise Brachfallen von ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen einher, besonders in Bereichen, die ohnehin nur unter Schwierigkeiten genutzt werden konnten. Als deutlichstes Beispiel dieses »Wüstungsvorganges« ist das Plateau von Beaucaire (Gard) zu nennen, wo der weitaus größte Teil der Parzellen mit Garrigue überwucherte, was bei der Neinkulturnahme dieses Plateaus zu ganz erheblichen Schwierigkeiten führte, da nicht nur die ehemaligen Besitzgrenzen kaum noch rekonstruierbar waren, sondern die Besitzer selbst teilweise unbekannt waren, teilweise nicht einmal mehr wußten, daß sie über Parzellen verfügten.

Die Notwendigkeit einer großangelegten Sanierung und Meliorierung der Landwirtschaft im Languedoc ist aus diesen wenigen Schilderungen ersichtlich. Die vorrangige Lösung der landwirtschaftlichen Probleme mußte im Languedoc, abweichend von der theoretischen Überlegung der Bildung von Wirtschaftsregionen im *Perroux*schen Sinne, angestrebt werden, um so mehr, als durch die Rückwanderung der Nordafrikafranzosen, die besonders nach den Verträgen von Evian zu Beginn der 60er Jahre erfolgte, ein erheblicher Bedarf an landwirtschaftlichen Betrieben entstand.

10 Archives du Département du Gard (ADG) M 13,1: Recueil des Actes de la Préfecture du Dép. du Gard No 13; Arrêté portant organisation de Sociétés d'Agriculture dans le Département du Gard du 30 Mars 1820.

11 ADG, M 13,1.

12 ADG, M 13,1.

Freilich ist der Anteil der ehemaligen landwirtschaftlichen Betriebsinhaber im Vergleich zur Gesamtzahl der aus Nordafrika eingewanderten Franzosen gering. Trotzdem ist der Aufwand für die Schaffung eines neuen, lebensfähigen landwirtschaftlichen Betriebes mit ganz erheblichen Investitionen verbunden und hat darüber hinaus einen deutlichen physiognomischen Aspekt, der in der Raumplanung besondere Berücksichtigung finden muß.

Allein im Zeitraum zwischen 1962 und 1968 zogen 86 380 Nordafrikafranzosen in die 5 Departements der Programmregion Languedoc. Mehrere 1000 von ihnen stellten landwirtschaftliche Betriebsinhaber dar, die im Languedoc eine neue Existenzgrundlage in Form eines landwirtschaftlichen Betriebes suchten. Der Bedarf war besonders in den Jahren 1962 bis 1964 sehr stark, als der größte Teil der aus Algerien ausgewanderten *pieds-noirs* in die Metropole zurücksiedelte (vgl. Tab. 3).

Tab. 3: Neuschaffung landwirtschaftlicher Betriebe für Nordafrikafranzosen (nach Unterlagen der CNARBRL, Nîmes)

Departement	vor 1962	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	danach
Aude	6	72	104	63	22	10	4	5	1	5
Gard	6	44	89	72	28	5	5	4	—	8
Hérault	2	27	85	76	48	24	6	4	9	6
Pyrénées-Orientales	—	—	19	15	17	1	5	8	1	—
Languedoc	14	143	297	226	115	40	20	21	11	19

Quelle: Unterlagen der CNARBRL, Nîmes.

Neben der Neugründung von Betrieben setzte ein sehr aktiver Grundstücksverkehr ein. Ein sehr großer Teil der mittleren und größeren Betriebe wechselte in jenen Jahren den Besitzer.

Die Schaffung neuer Betriebseinheiten war nur möglich durch die bereits seit 1956 systematisch durchgeführten Inwertsetzungsmaßnahmen der Compagnie Nationale d'Aménagement de la Région du Bas-Rhône et du Languedoc (CNARBRL), deren Hauptaufgabe die Bewässerung von rund 250 000 ha LN im Bereich des Niederlanguedoc war und die darüber hinaus in Zusammenarbeit mit der Société d'aménagement foncier et d'établissement rural (SAFER) Flurbereinigungen und Zusammenlegungen sowie die Erneuerung der Dörfer und besonders deren infrastrukturelle Erschließung durchführt.

Die CNARBRL wurde 1955 gegründet, und somit steht nicht ein Industriebetrieb, sondern eine „Gesellschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur“ am Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung der Programmregion Languedoc. Im Décret No 55-254 vom 3. 2. 1955 über die Inwertsetzung und die Neuorientierung der Region Bas-Rhône-Languedoc (JORF vom 15. 2. 1955, S. 1817) wird im 1. Artikel dekretiert: „L'aménagement de la

région du Bas-Rhône et du Languedoc sera réalisé en vue de la mise en valeur et de la reconversion agricole de cette région et, accessoirement, de l'alimentation en eau potable et industrielle de certaines collectivités rurales et urbaines.“

Dabei wird deutlich, daß die Versorgung mit Wasser eines der wesentlichsten Anliegen der Gesellschaft ist, wobei nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die Versorgung von Industriebetrieben einzubeziehen ist. Noch detaillierter gehen die Aufgaben aus den Statuten der Gesellschaft hervor, die in Art. 2 Abs. 1 beschrieben, und in den weiteren Abschnitten detailliert ausgeführt sind: „La société a pour objet l'aménagement de la région du Bas-Rhône et du Languedoc en vue de la mise en valeur de cette région et de sa reconversion agricole afin de permettre l'évolution de l'économie agricole et, notamment, de rendre possible, par apport d'eau, la substitution d'autres cultures à celle de la vigne et l'alimentation en eau potable et industrielle de certaines collectivités rurales et urbaines. D'une manière générale, l'objet de la société est de réaliser ou de promouvoir toutes opérations tendant à l'organisation économique rationnelle de cette région.“ Aus dieser Hauptzielsetzung wird deutlich, daß nicht nur die Verbesserung der Produktionsbedingungen, sondern auch der Produktion selbst als wesentliches Anliegen betrachtet wird. Die Monokultur des Weines hat, wie weiter oben ausgeführt wurde, gerade in den letzten hundert Jahren zu ganz erheblichen Schwierigkeiten geführt. Andererseits sind die natürlichen Standortfaktoren für eine noch intensivere Produktion wie Gemüse und Obst besonders im Hinblick auf den gemeinsamen europäischen Agrarmarkt außerordentlich günstig.

Die ersten Maßnahmen dieser raumplanerischen Neugestaltung lagen im technischen Bereich. Die Bewässerung der 250 000 ha NL im Gebiet zwischen Rhone und Pyrenäen verlangte enorme Wassermengen, die unmöglich aus dem sehr trockenen Hinterland (Causse, Cévennen) entstammen konnten.

Der bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts von *Aristide Dumont* vorgelegte Plan einer Entnahme des Rhonewassers wurde wieder aufgegriffen. *Dumont* hatte seit 1847 immer wieder die Idee vorgetragen, durch einen Kanal südlich von Vienne auf der linken Rhoneseite ca. 50 m³/sec Wasser der Rhone zu entnehmen, um es bis Orange, dann mittels eines Aquädukts über die Rhone nach Bagnols über Uzès, Sommières bis nach Montpellier zu führen. Nach seinen Plänen wären 100 000 ha LN durch Rhonewasser zu bewässern gewesen.

Über 60 Jahre hielt die Diskussion um die Verwirklichung dieses Planes an, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts endgültig wegen finanzieller Schwierigkeiten begraben schien. Während der Phylloxerakrise hatte das Projekt schlagartig einen sehr aktuellen Charakter bekommen, als man erkannte, daß die Submersion der Weinflächen der Reblaus Einhalt gebot. Allerdings wurde zur Verwirklichung des Projekts die amerikanische

Rebgrundlage zu schnell gefunden, die mit wesentlich weniger Aufwand phylloxereresistent war.

Die technischen Möglichkeiten des 20. Jahrhunderts erlaubten es, die Ideen *Dumonts* zu verwirklichen. Allerdings wurde das Gesetz der Schwerkraft umgangen, indem eine Pumpstation die Voraussetzungen für die Entnahme des Rhonewassers in unmittelbarer Nähe der zu bewässernden Flächen schaffte.

Kurz vor der Bifurkation der Rhone in den westlichen (kleine Rhone) und östlichen (große Rhone) Teil und damit unmittelbar vor dem Beginn der Camargue wurde ein Kanal angelegt, der 75 m³/sec Wasser aus der Rhone ableitet und damit so viel Wasser führt wie die Seine bei sommerlicher Wasserführung in Paris. Durch eine Pumpstation nördlich von Saint Gilles (Station Aristide Dumont – Pichegu) wird das Wasser auf die ca. 20 m höher gelegene Rhoneterasse gepumpt und von dort in einem betontierten Kanal weitergeleitet. Das Wasser reicht aus, um den gesamten östlichen Teil des Languedoc zu bewässern. Im Westen soll die Wasserversorgung durch mehrere Talsperren gesichert werden.

Das Gesamtgebiet wurde in 9 Bewässerungszonen (Casiers) unterteilt, die naturräumliche Einheiten darstellen. Ihre technischen Kennzeichen sind folgende:

Casier 1: Costières du Gard

LN 37 400 ha, Länge der Bewässerungskanäle 27 960 m. 7 Druckbehälter (meist Wassertürme). Länge der verlegten Druckleitungen 1 533 km.

Casier 2: Vaunage und linkes Ufer des Vidourle

LN 41 020 ha. Länge der offenen Bewässerungskanäle 3 060 m. 2 Druckbehälter. Länge der verlegten Druckleitungen 872 km.

Casier 3: Vidourle — Montpellier

LN 41 400 ha. Länge der offenen Bewässerungskanäle 5 300 m. 7 Druckbehälter. Länge der verlegten Druckleitungen 1 710 km. Zusätzliche Wasserversorgung geplant durch das Staubecken von Benovie mit einer Kapazität von 8,2 Mill. m³.

Casier 4: Montpellier — Hérault

LN 17 100 ha. Länge der offenen Bewässerungskanäle 12 100 m. 4 Druckbehälter. Länge der verlegten Druckleitungen 710 km.

Casier 5: Tal des Hérault

LN 51 020 ha. Versorgung hauptsächlich durch die Stausperre von Salagou, Kapazität derzeit 102 Mill. m³. Länge der offenen Bewässerungskanäle 58 650 m. 17 Druckbehälter. Länge der verlegten Druckleitungen 2 120 km.

Casier 6: Rechtes Ufer des Orb

LN 35 410 ha. Versorgung durch drei Stausperren, von denen bisher lediglich die von Avene besteht. Stausperre von Avene: Volumen 33,6 Mill. m³. Stausperre von Rieuberlou: Volumen 48,7 Mill. m³. Stausperre von Tarassac: Volumen 24 Mill. m³. Länge der offenen Bewässerungskanäle 122,4 km. 9 Druckbehälter. Länge der Druckleitungen 1 470 km.

Casier 7: Unteres Tal der Aude

LN 28 600 ha. Versorgung durch die Stausperre von Ouveillan. Volumen 8 Mill. m³. Außerdem 4 Entnahmestationen, die das Wasser des Aude in Druckbehälter pumpen. 12 Druckbehälter. Länge der Druckleitungen 1 190 km.

Casier 8: Minervois und mittleres Audetal

LN 35 000 ha. Länge des Hauptkanals 9 400 m. Außerdem Wasserreservoir von Jouarres mit 6 Mill. m³. 5 Pumpstationen im Audetal. 12 Druckbehälter. Länge der Druckleitungen 1 450 km.

Casier 9: Lauragais

LN 40 000 ha. Wasserversorgung durch die Stausperren von L'Estrade (45 Mill. m³) und Fanjeaux (99 Mill. m³). Länge der offenen Hauptkanäle 25 500 m. 1 Druckbehälter, Druckleitungen 1 660 km.

Die Verwirklichung dieser Anlagen ist in den einzelnen Bereichen unterschiedlich weit gediehen. Die am weitesten gehende Realisierung ist im Casier 1, dem Gebiet um Nîmes, und im Casier 3, dem Gebiet um Montpellier, erfolgt. Durch erhebliche finanzielle Kürzungen seit 1972 sind die Vorhaben verlangsamt worden, wenngleich an der Verwirklichung des gesamten Projektes weiter gearbeitet wird.

Die Auswirkungen der Errichtung des Kanalprojektes umfassen im wesentlichen zwei Bereiche. Einerseits wird durch die Bewässerungsmöglichkeit einer der wesentlichen Unsicherheitsfaktoren praktisch ausgeschaltet, nämlich die starke interannuelle Variabilität der Niederschläge. Lediglich der Weinbau vertrug diese Unterschiede ohne allzu große Beeinträchtigungen, was als wesentlicher Grund für die große Bedeutung, die dem Wein im Languedoc in der Vergangenheit zukam, anzusehen ist. Die Bewässerungsmöglichkeiten erlauben es nun, andere Nutzpflanzen anzubauen, die auf dem nationalen und europäischen Markt einen günstigeren Absatz finden können, zumal die Weinschwemme immer größer wird, verursacht durch die Abnahmezusagen an die ehemaligen nordafrikanischen Landesteile und die Weingesetzgebung, die nur sehr geringe Möglichkeiten der Destillation einräumt. Besonders der Gemüse- und der Obstbau finden seit der Anlage des Bewässerungsnetzes eine starke Ausdehnung, namentlich in den Gebieten, in denen das Bewässerungsnetz besonders dicht und gut ausgebaut ist. Beispielhaft seien die Gebiete um Nîmes und Montpellier genannt, in denen der Weinanbau in den letzten 10 Jahren erheblich zurückgegangen ist, während Obst- und Gemüseanbau ständig an Bedeutung gewinnen.

Der zweite Bereich umfaßt die agrarstrukturellen Veränderungen, die in sehr engem Zusammenhang mit den Meliorations- und Sanierungsmaßnahmen zu sehen sind und die besonders unter der Notwendigkeit der Schaffung neuer Betriebe im Rahmen der Rückgliederung ehemaliger Kolonialbevölkerung in den 60er Jahren sehr rasch vor sich gingen. Dies ist vor allem auf die zahlrei-

chen Betriebsneugründungen zurückzuführen, die teilweise aus der Zusammenlegung von Kleinstbesitzungen, teilweise aus der Aufteilung von Großbetrieben entstanden sind. Eine der markantesten Maßnahmen dieser Art wurde auf dem Plateau von Beaucaire (Dept. Gard) durchgeführt, wo ein 800 ha großes extensiv genutztes Gebiet (70 % Brachland) mit sehr starker Besitzersplitterung (603 Besitzer, 1392 Parzellen) die Schaffung von 17 neuen Betrieben mit durchschnittlich 20 ha LN sowie die Aufstockung weiterer 14 Betriebe im Zuge der Flurbereinigung ermöglichte. In Meynes (Gard) konnten durch die Aufteilung eines extensiv genutzten Großbetriebes 20 neue Betriebe entstehen, in Bellegarde (Gard) durch den gleichen Vorgang 13 Betriebe mit Betriebsgrößen zwischen 20 und 50 ha LN. Allein die CNARBRL ermöglichte in der Zeit zwischen 1962 und 1969 die Ansiedlung von fast 700 Landwirten auf neugeschaffenen Betrieben. Diese neuen Betriebe sind dadurch gekennzeichnet, daß ihre Betriebsflächen im allgemeinen vollwertige Ackernahrungen darstellen und daß sie darüber hinaus mit modernster technischer Ausstattung versehen sind.

Das Ergebnis der planerischen Maßnahmen beschränkt sich indessen nicht nur auf diese Aspekte. Die Wasserversorgung erlaubt es der landwirtschaftlichen Bevölkerung, nicht mehr genutztes Land wieder in die Nutzung einzubeziehen, Rodungen vorzunehmen, wie etwa in den Gemeinden Cabrerolles und Saint Nazaire de Ladarez im Departement Hérault, Sumpfgebiete für die landwirtschaftliche Nutzung zu gewinnen, wie im Fall der Domaine von Maurin bei Montpellier, des Etang de la Marcelllette im Dep. Aude oder im Marais de la Souteyranne zwischen Aigues Mortes und Saintes Maries de la Mer.

Die veränderten Produktionsgegebenheiten haben eine Reihe von Nachfolgebetrieben entstehen lassen, namentlich im Bereich der Konservenindustrie oder im Genossenschaftswesen, und haben darüber hinaus den Handel mit Agrarprodukten erheblich belebt. Weitere Konsequenzen ergeben sich für den tertiären Sektor etwa im Ausbau des Bankwesens, des Versicherungswesens usw.

Diese Umorientierung und Qualitätssteigerung in der Agrarproduktion erlaubten der Landwirtschaft im Bewässerungsareal der Küstenebenen eine Steigerung der Bruttoproduktion zwischen 1956 und 1970 um circa 500 Mill. Francs, der Exportwert der Agrarprodukte aus diesem Bereich allein betrug rund 120 000 Mill. Francs. Die Aktivierung des industriellen Sektors ging dagegen wesentlich zurückhaltender vor sich, obwohl im Rahmen der Dezentralisierung einige größere Betriebe im Languedoc angesiedelt werden konnten (etwa IBM in Montpellier mit 2500 Beschäftigten). Eine starke Zunahme verzeichnete der tertiäre Sektor, wobei ein eindeutiger Zusammenhang mit der touristischen Erschließung des Littorals nachzuweisen ist.

Dieser wirtschaftliche Umschwung manifestierte sich im Jahre 1968 bei der letzten Volkszählung durch eine gegenüber den ersten Nachkriegsjahren umgekehrte Si-

tuation. 1968 nahm die Region Languedoc den 3. Rang bezüglich der Wachstumsraten der Bevölkerung ein. Bezüglich der Wanderungsgewinne stand die Programmregion sogar an zweiter Stelle in Frankreich. Die Städte zeichneten sich durch ein extremes Wachstum aus. Nîmes und Perpignan gehörten im Zeitraum zwischen 1962 und 1968 zu den 10 Städten Frankreichs mit den höchsten Bevölkerungszunahmen, Montpellier verzeichnete innerhalb von 6 Jahren einen Zuwachs von 37 % und lag damit prozentual an der Spitze aller französischer Städte. Allerdings ist dieser Zuwachs nicht allein auf den wirtschaftlichen Aufschwung des Gebietes zurückzuführen, sondern unter anderem im Zusammenhang mit der Rückgliederung der ehemaligen Kolonialbevölkerung zu sehen. Trotzdem sind auch die Wanderungsgewinne innerhalb des Landes sehr stark angestiegen.

Um dieser „Bevölkerungsexplosion“ und diesem Wirtschaftswachstum gerecht zu werden, war der Ausbau des Verkehrsnetzes und vor allem des Wohnungssektors vordringlich. Die Urbanisation der Städte Nîmes und Montpellier in der typisch französischen Stadtkonzeption des sozialen Wohnungsbaus der 60er Jahre ist ein augenfälliges Merkmal dieses Wachstums. Der Autobahnanschluß an die großen Versorgungszentren ist inzwischen gegeben, und die Einrichtungen von Flugplätzen in Nîmes, Montpellier und Perpignan ermöglichen den schnellen Transport der leicht verderblichen Agrarprodukte in die Versorgungszentren außerhalb der Landesgrenzen.

Trotz dieser rasanten Entwicklung der 60er Jahre zeichnet sich das Wirtschaftswachstum in den Jahren nach dem ersten Boom durch ein allmähliches Verharren aus. Nachdem die ersten Impulse verpufft sind, fehlen offensichtlich neue Anstöße, um diese Entwicklung fortführen zu können. Die 60er Jahre waren aufgrund des günstigen Zusammentreffens von zwei Faktoren, der Rückgliederung der Kolonialbevölkerung und der Investitionsprogramme im Rahmen der Dezentralisierung, zu einem zweiten „goldenen Zeitalter“ des Languedoc geworden, wobei jedoch nicht das Wirtschaftspotential entwickelt werden konnte, um die Entwicklung aus eigener Kraft fortzuführen. Schuld an diesem Scheitern ist ohne Zweifel die Regionalreform selbst, indem ein geographisch, wirtschaftlich und demographisch heterogener Raum zu einem administrativen Gebilde zusammengewürfelt wurde.

In Anbetracht der hieraus entstehenden Schwierigkeiten, in denen sich aufgrund der gleichen planerischen Fehler auch andere Programmregionen sehen, wurde am 5. Juli 1972 ein Modifizierungsgesetz zur Regionalreform erlassen, das es den Einzelregionen ermöglichen soll, die „Regionalisation“ zu korrigieren. Bisher hat dieses Gesetz jedoch lediglich zum Erfolg gehabt, daß sich bestimmte separatistische Bewegungen rühren, die mehr oder weniger emotional eine Lösung aus einer Programmregion oder den Zusammenschluß mit einer anderen fordern. Wenn diese Haltung bei den Bretonen ein

alter Tatbestand ist, dem schon 1960 Rechnung getragen wurde, so sind die Strömungen vor allem in Ost- und Südfrankreich erst in den letzten Jahren wieder stärker geworden. Am weitesten sind bisher die Initiativen in Savoyen gediehen, wo sich die beiden Departements Haute Savoie und Savoie zu einer eigenen Region zusammenschließen wollen, aber auch das Departement Basses-Alpes mit Nizza, jüngstes Glied innerhalb des französischen Territoriums, wenn man Elsaß-Lothringen unberücksichtigt läßt, plädiert auf Autonomie, eine Forderung, die bei Korsen und Basken schon seit langem besteht.

Innerhalb des Languedoc stellen die Katalanen im Roussillon einen ethnischen Fremdkörper dar, der nach einer Zusammenarbeit mit den Blutsverwandten auf der südlichen Pyrenäenseite strebt. Darüber hinaus liegt die Region viel stärker im Einzugsbereich von Marseille und wird durch den Ausbau von Fos auch in Zukunft mehr und mehr auf die Rhoneachse ausgerichtet sein, da Montpellier in keiner Weise einen gleichwertigen wirtschaftlichen Attraktivitätsgrad haben wird.

Schließlich stellt das Departement Lozère den schwierigsten Bestandteil innerhalb der Programmregion dar, dessen touristischer Wert zwar in letzter Zeit mehr und mehr erkannt wird, jedoch genügen die bisherigen Touristenstationen nicht, um dem Gebiet zu einem wirtschaftlichen Aufschwung verhelfen zu können.

Die Stimmen werden daher immer häufiger, die Regionalisation von 1960 mit der damals erfolgten Untergliederung in 21 Programmregionen völlig neu vorzunehmen, wobei einzelne Wirtschaftsregionen gebildet werden sollen. Die Zahl dieser Wirtschaftsregionen soll auf 8 bis maximal 10 beschränkt werden, wobei das Zentrum die bereits bestehenden Metropoles d'équilibre darstellen werden. Das Festhalten an der Wachstumspoltheorie von *Perroux* ist unverkennbar. Die erste Anwendung dieser Theorie mußte aufgrund der rein administrativen Festlegung von sehr heterogenen Räumen fast zwangsläufig fehlschlagen, eine Erkenntnis, die auch in Frankreich inzwischen offen ausgesprochen werden kann. Die Alternative, die sich für die Programmregion Languedoc anbietet, ist der Zusammenschluß mit der Programmregion Provence – Côte d'Azur, möglicherweise zusätzlich mit der PR Rhône-Alpes, drei Gebiete, die schon in den vergangenen Jahren häufig wirtschaftlich gemeinsam unter dem Begriff des großen Deltas (Le grand Delta) betrachtet wurden, abgeleitet von der geometrischen Form dieses Großraumes mit einer breiten Basis von Menton bis Perpignan und einer mehr linienhaften Ausdehnung entlang des Rhonetales mit Lyon als Endpunkt.

Die Gefahren, die aus einem solchen Zusammenschluß für das Languedoc entstehen, liegen auf der Hand. Mit Lyon und Marseille, in etwas geringerem Maße Grenoble, hätte diese Programmregion drei wirtschaftliche Kernpunkte, die vorwiegend auf dem industriellen Sektor basieren würden. Die Investitionen würden sich

zwangsläufig auf diese Punkte konzentrieren und damit möglicherweise das Languedoc auf das reduzieren, was es über Jahrhunderte hinweg gewesen ist, nämlich einen Agrarraum, der freilich im Rahmen der inzwischen gegebenen Voraussetzungen und den weiter erfolgenden Meliorations- und Strukturverbesserungsmaßnahmen immer intensiver gestaltet werden könnte. Wenn diese Konzeption volkswirtschaftlich sicherlich sinnvoller ist als der künstliche Aufbau einer Industrie ohne natürliche Grundlagen und ohne die notwendigen Konzentrationsgebiete, so ist doch der Lokalseparatismus im Languedoc inzwischen so stark, daß Überlegungen zur Integration sehr schnell vom Tisch gefegt werden und daß sich die Idee der Wirtschaftseinheit Languedoc immer fester in den Planungskonzeptionen lokaler Behörden verankert.

Nach dem Ausbau des Agrarsektors und der Erschließung der Küste und des Hinterlandes für den Tourismus richtet sich dabei zwangsläufig das Augenmerk auf die Industrie, die in einer neuen Investitionswelle im Languedoc angesiedelt werden soll. Dabei ist das Planungsinteresse nicht unbedingt auf arbeitsintensive Industriebetriebe gerichtet, da es sich dabei im allgemeinen um sehr konjunkturanfällige Einrichtungen handelt. Was interessiert, ist eine Industrieansiedlung mit Nachfolge- und Zulieferbetrieben, die auch im Bereich des tertiären Sektors weitere Arbeitsplätze schaffen könnte.

Die Bestrebungen, eine neue Industrialisierungswelle herbeizuführen, haben bisher zu wenig Erfolg geführt. Für Industrien mit hohem Arbeitskräftebedarf ist die Erwerbsbevölkerungsdichte im Languedoc sicherlich zu gering. Für Industrien mit hohem Mechanisierungsgrad fehlt es an den notwendigen spezialisierten Arbeitskräften. Die Frage ist somit zu stellen, ob die erste Industrialisierungsphase im Zeitraum von 1962 bis 1970 nicht nur aufgrund des Zusammentreffens der staatlichen Subventionspolitik einerseits und der Rückgliederung der Kolonialbevölkerung andererseits ermöglicht wurde, wobei das Ausmaß dieser Industrialisierung recht gering geblieben ist.

Dieses Zusammentreffen hat zu einer instabilen Industriestruktur geführt, indem die Prämienjäger (*chasseurs de primes*), die im Rahmen der Dezentralisierung die Vorteile einer Ansiedlung in den unterentwickelten Gebieten in Anspruch genommen hatten, nach Ablauf der Vergünstigungsfristen (im allgemeinen 5 Jahre) Konkurs anmeldeten und sich in andere Gebiete absetzten. Der momentane Bevölkerungsdruck, der durch die Rückwanderung der Kolonialbevölkerung erfolgte, hat sich inzwischen ausgeglichen, entweder durch das teilweise Abwandern dieser Bevölkerung in andere Landesteile, was in Anbetracht der ungünstigen wirtschaftlichen Situation zu erwarten war, oder durch eine Integration in das vorhandene Wirtschaftspotential.

Die Subventionsmöglichkeiten bestehen zwar heute noch, jedoch hat der französische Staat die Möglichkeiten des Mißbrauchs sehr stark eingeschränkt. In Anbe-

tracht dieser Drosselung des Finanzflusses und einer Reihe anderer Standortungünstiger Faktoren — es sei hier nur an den völlig unzureichenden Ausbau des französischen Fernmeldewesens erinnert — ist die Zurückhaltung der Industrie zur Investition im Languedoc verständlich.

Bleibt die Frage nach den Entwicklungsmöglichkeiten der Programmregion. Sie liegen mit Sicherheit im wesentlichen im primären Sektor, wo eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft durchaus möglich ist. Dabei ist eine Grundvoraussetzung die Umorientierung dieser Landwirtschaft weg von der nach wie vor dominierenden Stellung des Weinbaus zu anderen Sonderkulturen, besonders Obst, Gemüse, Blumen, Baumschulen usw., für die auch im europäischen Rahmen äußerst günstige Produktionsgrundlagen sowohl vom Klima als auch vom Ausstattungssektor her bestehen.

Die Schwierigkeiten für die Verwirklichung dieser Umorientierung liegen im wesentlichen bei den Landwirten, die zwar schon fast traditionsgemäß den Weinbau immer wieder zum Anlaß nahmen, die schwierige Situation der Landwirtschaft des Languedoc hervorzuheben, die aber andererseits auch nicht die Konsequenzen ziehen und diesen Weinbau aufgeben, um sich intensiveren Kulturen zuzuwenden.

Der Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft, der durch die ständige Abwanderung der jüngeren Be-

völkerung aus dem ländlichen Bereich erfolgt ist, dürfte sich ebenfalls für eine solche Umorientierung nachteilig auswirken.

Eine wesentliche Grundvoraussetzung für die Realisierung einer Spezialisierung ist die Regelung des Absatzmarktes, der bisher nur unzureichend organisiert ist. Ebenso wie im Falle des Weinbaus besteht zwar eine Vielzahl kleiner Genossenschaften, aber es fehlt eine durchorganisierte Dachorganisation, die eine Koordination der Produktion und des Absatzes übernehmen könnte. Diese Grundbedingung für die Schaffung eines Marktes, der mit gleichwertigen Produkten in ausreichenden Mengen beliefert werden muß, wird eine der ersten Maßnahmen sein, die in der Landwirtschaft des Languedoc zu ergreifen sind.

Die Frage, inwieweit der Tourismus zum wirtschaftlichen Aufschwung des Gebietes beitragen kann, kann wohl erst beantwortet werden, wenn die volle Kapazität erreicht ist. Allerdings weisen die ersten Ergebnisse darauf hin, daß, verursacht durch die kurze Saisondauer und den ausgesprochen lokalen Charakter, hier möglicherweise auf die Dauer eher Probleme entstehen können als wirtschaftlicher Nutzen, zumal da das Investitionskapital von außen kommt und somit auch die Gewinne im allgemeinen nicht im Gebiet selbst verbleiben.